



Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

bundeskanzleramt.gv.at

Claudia Bauer
Bundesministerin für Europa,
Integration und Familie

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.467.720

Wien, am 31. Juli 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Juni 2026 unter der Nr. **6220/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Hacking-Angriffe auf Ministerien – Daten 2025“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 10:

1. *Wie beurteilen Sie die aktuelle Gefahr, dass Hackerangriffe gegen Ihr Ressort vorgenommen werden und gelingen könnten?*
2. *Inwieweit ist Ihr Ressort auf mögliche Hackerangriffe vorbereitet?*
3. *Gab es im Jahr 2025 sogenannte „Überlastungsangriffe“ oder andere abgewehrte Angriffe?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, in welchem Umfang?*
 - c. *Wenn ja, kennen Sie den Ursprung dieser Hacking-Angriffe?*
4. *Wie wird seitens Ihres Ressorts aktuell für die Datensicherheit gesorgt?*
5. *Wer kann wie auf die von Ihnen verarbeiteten Daten aktuell zugreifen?*
6. *Konnten im Jahr 2025 durch Ihr Ressort Datenlecks festgestellt werden?*

- a. Wenn ja, wie konnte es dazu kommen?*
 - b. Wenn ja, welche Daten waren betroffen?*
- 7. Welche internen/externen Sicherheitssysteme überwachen derzeit die vorhandenen Daten, Betriebssysteme und elektronischen Einheiten?*
 - a. Wie hoch sind die aktuellen jährlichen Kosten hierfür (Einkauf, Installation, Wartung, Betreuung, Ausbau etc.)?*
 - b. Welche Kosten sind 2025 entstanden?*
- 8. In welchem zeitlichen Abstand werden diese Sicherheitssysteme auf die neuesten Entwicklungen und Bedrohungen angepasst und adaptiert?*
- 9. Wer ist mit der Instandhaltung der ministeriellen Sicherheitssysteme beauftragt?*
- 10. Wie ist die derzeitige Vorgabe im Umgang mit Hacking-Angriffen?*
 - a. Ist diese Vorgehensweise in allen Resorts einheitlich?*
 - b. Wie oft werden derartige Szenarien durchgespielt und Vorkehrungen getroffen?*

Im Hinblick auf die EntschlieÙung BGBl. II Nr. 62/2025 betreffend Übertragung bestimmter, zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten an mich, wonach gemäß Abs. 2 dieser EntschlieÙung Aufgaben der Personalverwaltung und der Organisation in der Zuständigkeit des Bundeskanzlers verbleiben, verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6213/J vom 1. Juni 2026 durch den Bundeskanzler.

Claudia Bauer

